

Fernsprechstelle Nr. 22.

Die „Sächsische Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1 M., 50 Pfg., monatlich 1 M., einmonatlich 50 Pfg.

Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Zeitung“ an.

Sonnabends „Woch. Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Zeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Legler & Zeuner Nachf. — Verantwortlicher Redakteur: Paul Runge, Schandau.

Verl.-Abt.: Selbstverlag.

Inserate, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die gespaltene Corpusteil ober deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte nach Abrechnung.) Auswärt. Inerate 20 Pf. „Eingefandt“ u. „Reklame“ 30 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle vierzehn Tage „Landwirtschaftliche Beilage“

Inseraten-Aannahmestellen: In Schandau: Expedition Zankstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Bogler, Invalidenbank und Rudolf Rosse; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 46.

Schandau, Dienstag den 20. April 1909.

53. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienlich verboten ist, sich auf Veranlassung von Zivilpersonen mit dem Vertriebe von Druckwerken und Waren innerhalb von Truppenteilen oder Behörden — seien es ihre eigenen oder fremde — zu befassen.

Den Unteroffizieren und Mannschaften ist zugleich befohlen, von jeder seitens einer Zivilperson an sie ergehenden Aufforderung zum Vertriebe von Druckwerken oder Waren ihren Vorgesetzten Meldung zu erstatten.

Dresden, den 8. April 1909.

Kriegsministerium.
Fehr. v. Sauten.

Der Wirtschaftsgehilfe Herr **Ewald Max Hartmann** in Cunnersdorf bei Hohnstein ist für den Schaubestel Hohnstein mit Gütsbezügen und Brand am 12. März ds. Js. als stellvertretender Latenfeilschbeschauer und als stellvertretender Trichlinschauer von der königl. Amtshaupttschaft Pirna in Pflicht genommen worden.

Hohnstein (Sächs. Schweiz), den 16. April 1909.

Der Bürgermeister. Die Gutsvorsteher des Schlosses Hohnstein, des königl. Staatsforstreviers und des Rittergutes Hohnstein.

Die städtische Sparkasse zu Hohnstein

verzinst Einlagen mit 3 1/2 Prozent.

Nichtamtlicher Teil.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der deutsche Kaiser hielt Sonntag vormittag in der Schloßkapelle auf Korsu Gottesdienst ab. Gegen Mittag hatten die Geistlichkeit und die Bevölkerung von Gastein eine große Prozession veranstaltet, die wie im Vorjahre am Schloße vorbeizog. Das Wetter ist sehr schön und warm. In der englischen Presse wird wieder einmal ein angelegliches Interview mit dem deutschen Kaiser veröffentlicht. Eine in weiteren Kreisen ziemlich unbekannt Londoner Fachzeitschrift bringt Mitteilungen über Äußerungen, welche der Kaiser betreffs des Aufschwunges des deutschen Seehandels im Vergleich zum Seehandel Englands zu einer nicht genannten Persönlichkeit getan haben soll; auch Ort und Zeitpunkt dieser behaupteten Unterredung verschweigt das Blatt. Vorerst möchte man die Angaben über dieses neueste Kaiserinterview als lediglich auf Kombinationen beruhend betrachten, immerhin wäre es zu wünschen, daß man sich von Berliner offiziöser Seite baldigt zu diesem Falle äußerte.

Der Reichstag tritt an diesem Dienstag nachmittags nach Ablauf seiner Osterferien zusammen; es stehen lediglich Petitionen auf der Tagesordnung dieser ersten nachösterlichen Sitzung. Im übrigen hat der Reichstag auch jetzt noch ein ziemlich stattliches Beratungsmaterial aufzuarbeiten, das bis Pfingsten schwerlich zur Entscheidung gelangen kann, von der Reichsfinanzreform ganz abgesehen. Es wird daher zu genanntem Zeitpunkt vermutlich abermals die nun schon seit Jahren stehend gewordene leidige Einrichtung der Sommervertagung des Reichsparlamentes platgreifen müssen, wenn anders verschiedene Vorlagen nicht unter den Tisch des Hauses fallen sollen. Von dem weiteren Tempo der parlamentarischen Behandlung der Reichsfinanzreform wird es natürlich sehr wesentlich abhängen, wieviel von dem übrigen schwebenden Arbeitsmaterial des Reichstages bis zum Beginne der sommerlichen Vertagungspause definitiv verabschiedet werden kann. Was die Reichsfinanzreform selbst anbelangt, so scheinen hierüber während der Osterferien des Reichstages irgend welche Verständigungen nicht stattgefunden zu haben. Doch verlautet, der Reichszanzler Fürst Bülow, welchen man Sonntag oder Montag von seiner oberitalienischen Erholungsreise in Berlin zurück erwartet, werde anlässlich des Wiederzusammentrettes des Reichstages Abordnungen aus verschiedenen Teilen des Reiches, welche Adressen zugunsten der Reichsfinanzreform überbringen, empfangen. Man erwartet, daß der Kanzler bei dieser Gelegenheit noch einmal die für die verbündeten Regierungen maßgebenden Gesichtspunkte bei der Finanzreform darlegen wird.

Holland.

Im Haag ist am Sonnabend das internationale Schiedsgericht zusammengetreten, um die zwischen Norwegen und Schweden entstandenen Streitfragen der Rentierweiden zu entscheiden. In Haager diplomatischen Kreisen nimmt man indessen an, daß die Schiedsrichter den norwegisch-schwedischen Konflikt nur einer Vorbesprechung unterziehen, die Entscheidung selbst aber bis auf weiteres vertagen werden. Es heißt, sie wollen vor derselben persönlich an den umstrittenen Stellen Informationen einziehen.

Frankreich.

In Frankreich erregt die Aufdeckung arger Mißstände in der französischen Flotte peinliches Aufsehen. Dies gilt namentlich von den Schlüßern, welche der Abgeordnete Doumer, Generalberichterstatter für das Budget, auf Grund seiner in Toulon gesammelten persönlichen Informationen von der Flotte veröffentlicht. Nach dem Doumerschen Bericht fehlt es den Kriegsschiffen an allem, an genügenden Geschützen, an Munition, an Material und an Mannschaften. Doumer kommt zu dem Schlusse, daß Frankreich, welches noch vor einem Jahrzehnt den zweiten Rang unter den Seemächten eingenommen habe,

nunmehr auf den vierten oder gar fünften Platz herabgesunken sei. Vermutlich wird nun auch in Frankreich ein Marineerüstungsieber einsetzen, wie es schon jenseits des Kanals grassiert.

Balkanhalbinsel.

Die Hochflut der Meldungen, welche die Militärrevolte in Konstantinopel entfesselt hat, dauert ungemindert fort. Es kann daher an dieser Stelle nur das wichtigste aus den vorliegenden Balkannachrichten knapp wiedergegeben werden. In Konstantinopel herrscht einstweilen wieder Ruhe, die meuternden Truppen sind einstweilen die Herren der Situation. Es scheint aber, daß die Jungtürken zu einem militärischen Schlage ausholen; am Sonnabend sollen bereits Truppenteile des den Jungtürken ergebenen Armeekorps von Saloniki vor der Hauptstadt eingetroffen sein; angeblich sind auch Truppen des Armeekorps von Adrianopel auf Konstantinopel dirigiert worden, um die jungtürkische Herrschaft wiederherzustellen. Es wird berichtet, die jungtürkischen Führer würden der Garnison von Konstantinopel ein Ultimatum stellen und sie in letzterem auffordern, die jungtürkische Herrschaft wiederzuerkennen, im Weigerungsfalle sollen die Truppen von Konstantinopel sofort von den Truppen von Saloniki und Adrianopel angegriffen werden. Die Lage am Bosphorus ist also äußerst gespannt. Die Mächte nehmen den Ereignissen in der Türkei gegenüber vorerst eine abwartende Stellung ein. Die Gerüchte über eine Mobilisierung Bulgariens gegen die Türkei werden als unbegründet bezeichnet, doch hat die bulgarische Regierung gewisse militärische Vorkehrungsmaßnahmen ergriffen, ebenso die serbische Regierung.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel vom 16. April sind am genannten Tage die dafelbst geführten Verständigungsverhandlungen zwischen den Delegierten der Pforte und der bulgarischen Regierung zum Abschluß gebracht worden. Wie verlautet, hatte der neue Großvezier dem Minister des Aeußeren die Befehle erteilt, die Verhandlungen unbedingt zu beendigen. Ueber das Endergebnis der Verhandlungen liegen noch keine Nachrichten vor. — Der Sultan soll dem liberalen Abgeordneten Ismail Kemal gegenüber erklärt haben, er würde unter allen Umständen an der Verfassung festhalten. — Bei den Regierungen in Adana sollen auch ein Deutscher und der Dragoman des dortigen englischen Konsulats verwundet worden sein. Die türkische Regierung hat über Adana den Belagerungszustand verhängt.

Zu bedenkliehen Unruhen ist es auch in Türkisch-Kleinasien gekommen. In der etwa 60000 Einwohner zählenden Stadt Adana sollen große Megeleiten stattgefunden haben, von denen das armenische Bevölkerungselement betroffen worden ist. Nähere Nachrichten über diese Vorgänge liegen noch nicht vor. Die deutsche Kolonie in Adana telegraphierte an den deutschen Votschafter in Konstantinopel um Schutz.

Persien.

Ueber die Wirren in Persien liegt folgende neuere Meldung aus Teheran vor: Die Bachtaren ziehen ihre Reiterkrieger in Ispahan zusammen in der Voraussicht eines baldigen Marsches gegen Teheran. Das Sadschumen in Täbris brachte 50000 Tomanen des Kollantes in Uferbeldschan in seinen Besitz. Die Regierung schlug die Bitte der Gesandtschaften ab, nach dem belagerten Täbris für die Konsuln und die ausländischen Untertanen bestimmtes Mehl durchzulassen.

lokales und Sächsisches.

Schandau, am 19. April 1909.

— Dem Ansuchen der städtischen Kollegien um Schaffung einer günstigen Frühverbindung von der Lausitz nach Schandau an Sonn- und Festtagen ist für die Zeit vom 30. Mai bis zum 29. August dieses Jahres versuchsweise entsprochen worden. Hiernach werden im

angegebenen Zeitraum die Züge Nr. 801 Cunewalde-Großpostwitz (ab Cunewalde 4.43 vormittags) und 782 Baugen-Wiltzen (ab Baugen 4.55 vorm.), welche einander anschließen und in Wiltzen durch den dafelbst 5.36 abfahrenden Zug 822 Zittau-Bischofswerda Anschluß nach Niederneulich (Auf. daf. 5.50 vorm.) finden, an Sonn- und Festtagen verkehren. Ferner soll an denselben Tagen auch der Zug 944 Neustadt i. S.—Schandau bereits in Niederneulich (Abfahrt dafelbst 6.00 vorm.) beginnen. Ob diese Einrichtungen im nächstjährigen Sommerfahrplan wiederum durchzuführen sein werden, wird vom dem Umfang der Benützung der betreffenden Züge während des bevorstehenden Sommers abhängig gemacht.

— Zu der für Sonnabend abend nach Hegenbarths Stablfestament einberufenen Versammlung, in welcher Herr Reichstagsabgeordneter Hanisch-Pirna über die Reichsfinanznot und die neuen Steuern referierte, hatten sich über 100 Personen eingefunden. Herr Amtsrichter Rosenmüller begrüßte die Erschienenen, gab von der Gründung eines Vaterländischen Ausschusses Kenntnis und brachte das Hoch auf unseren Schirmherren, den deutschen Kaiser, aus. Hierauf ergriff Herr Abg. Hanisch das Wort, welcher in längerer Ausführung sich zunächst über die Reichsfinanznot als nationale Krankheit erging, um dann die von der Regierung eingebrachten Entwürfe zur Hebung dieser Katastrophe des näheren zu beleuchten. Er berichtete zunächst, was jede Steuer nach der Vorlage dem Reiche voraussichtlich einbringen solle (Gesamt 472 Millionen Mark) und betonte, daß der Unwille des Volkes, welcher in Versammlungen und in der Presse wegen des langsamen Fortschreitens der Vorlagen in den Kommissionen mehrfach zum Ausdruck gekommen sei, ungerechtfertigt sei. Erst im November vorigen Jahres sei die Vorlage dem Reichstage zugegangen, der in der Zeit bis 1. April dieses Jahres noch den Etat festzusetzen hätte und nebenher noch verschiedene neue Gesetze zum Abschluß gebracht habe. Des weiteren seien die neuen Gesetzesvorlagen für Industrie und Landwirtschaft so einschneidender Natur, seien so kompliziert, daß es längere Zeit bedürfte, ehe sich die Abgeordneten mit denselben hätten vertraut machen können. Hierauf ging der Referent des Näheren auf die einzelnen Vorlagen ein, von denen die Branntweinsteuer 100 Millionen, die Brausteuer 100 Millionen, die Steuern auf Tabakverbrauch 77 Millionen, die Weinsteuer 20 Millionen, die sogen. Nachlasssteuer 92 Millionen, die Besteuerung von Elektrizität und Gas sowie der Anzeigen und Plakate zusammen 63 Millionen hätten bringen sollen (Gesamt 472 Millionen), während die übrigen noch fehlenden 28 Millionen durch Erhöhung der Matrikularbeträge in den einzelnen Bundesstaaten dergestalt aufgebracht werden sollen, daß auf den Kopf der Bevölkerung 80 Pfg. statt bisher 40 Pfg. kommen würden. Gleich die erste Gesetzesvorlage, die Besteuerung des Branntweins, sei auch die komplizierteste. Der Grundgedanke sei der, daß das Reich unter Errichtung eines Betriebsamtes den Zwischenhandel mit Branntwein übernehme, mit anderen Worten das Branntweinmonopol einführe. Dasselbe sei in der Kommission abgelehnt worden, dafür solle die Brennsteuer unter Wegfall der sogen. Liebesgabe erhöht werden. Auf alle Fälle wird aber der Trinkbranntwein verteuert werden. Auch der Biertrinker wird für sein Getränk in Zukunft mehr ausgeben müssen. Von jeher ist das Bier als ein geeignetes Objekt zur Heranziehung bei der Besteuerung von Genußmitteln gehalten worden. Augenblicklich bringt daselbe seit dem Gesetze von 1906 jährlich 75 Millionen Mark jährlich; nun sollen noch 100 Mill. dazukommen und zwar dergestalt, daß nicht der kleine Bierbrauer und der Gastwirt die Steuer zu tragen haben, sondern allein der Konsument, das Biertrinkende Publikum.